

Vorlage-Nr. 14/12

öffentlich

Datum: 10.10.2014
Dienststelle: Steuerungsdienst 41
Bearbeitung: Frau Kaltenbach

Landschaftsausschuss	24.10.2014	Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	05.11.2014	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt:

**Förderung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen -
Förderrichtlinien**

Beschlussvorschlag:

Die Übergangsregelung bezüglich der Finanzierung der Kosten für festangestelltes therapeutisches Personal unter Anrechnung der LVR-Kindpauschale wird für ein weiteres Jahr fortgeführt. Die Übergangsregelung endet mit Ablauf des Kindergartenjahres 2015/2016.

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (Ifd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

H ö t t e

Zusammenfassung:

Zur Fortentwicklung der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern mit Behinderung und von Kindern, die von einer Behinderung bedroht sind, fördert der LVR seit dem Kindergartenjahr 2014/2015 die inklusive Betreuung dieser Kinder in Kindertageseinrichtungen – in Ergänzung der KiBiz-Mittel des Landes NRW – zusätzlich und auf freiwilliger Basis mit der LVR-Kindpauschale.

Das neue Förderverfahren wird durch die sog. FInK-Richtlinien geregelt. In den Richtlinien sind Übergangsregelungen für die Finanzierung der Kosten für festangestelltes therapeutisches Personal enthalten.

Die Übergangsregelung bezüglich der Finanzierung der Personalkosten für festangestelltes therapeutisches Personal unter Anrechnung der LVR-Kindpauschale wird für ein weiteres Jahr fortgeführt. Die Übergangsregelung endet mit Ablauf des Kindergartenjahres 2015/2016.

Begründung der Vorlage Nr. 14/12:

Der politische Beschluss gem. Vorlage Nr. 13/3426/1 (**Anlage**) zur Umstellung der Fördersystematik sah eine Übergangsregelung der Finanzierung der Personalkosten für festangestellte Therapeutinnen und Therapeuten bis einschließlich dem Kindergartenjahr 2014/2015 vor.

Um die Erkenntnisse des laufenden Monitoringprozesses ausreichend berücksichtigen zu können, soll diese Übergangsregelung gemäß Antrag Nr. 14/6 um ein weiteres Kindergartenjahr verlängert werden. Damit haben die bisher integrativ arbeitenden Kitas mehr Zeit, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Spätestens mit Beginn des Kindergartenjahres 2016/2017 müssen von den Trägern jedoch die angepassten Modelle der therapeutischen Versorgung umgesetzt sein, die eine Kostenbeteiligung der gesetzlichen Kassen als zuständige Kostenträger vorsehen und ermöglichen. Dieser Prozess wird durch das LVR-Landesjugendamt intensiv begleitet: Neben der Telefonhotline zum Antragsverfahren der LVR-Kindpauschale sind zusätzliche Servicenummern eingerichtet worden. Auch die Internetseite des Landesjugendamtes informiert unter www.kindpauschale.lvr.de umfänglich.

Inhaltliche Regelungen und das finanzielle Abwicklungsverfahren, wie die Anrechnung der seit dem 1. August 2014 bereitgestellten LVR-Kindpauschale, bleiben von der Verlängerung der Übergangsregelung unberührt. Diesbezüglich wird auf die Nr. 12 der Richtlinie des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) zur Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (FInK) vom 07.04.2014 verwiesen.

In Vertretung

H ö t t e

Ergänzungsvorlage-Nr. 13/3426/1

öffentlich

Datum: 11.03.2014
Dienststelle: Steuerungsdienst 41
Bearbeitung: Frau Knebel-Ittenbach/Frau Muth-Imgrund/Herr Bruchhaus

Landesjugendhilfeausschuss	<u>27.03.2014</u>	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	<u>02.04.2014</u>	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	<u>07.04.2014</u>	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Förderung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen -
Förderrichtlinien**

Beschlussvorschlag:

**Den Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland zur Förderung der Inklusion
in Kindertageseinrichtungen wird gemäß Vorlage Nr. 13/3426/1 zugestimmt.**

**Die Richtlinien treten rückwirkend zum 01.03.2014 in Kraft. Die Richtlinien
werden erstmalig für das Kindergartenjahr 2014/2015 zur Anwendung kommen.**

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

Zusammenfassung:

Zur Fortentwicklung der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern mit Behinderung und von Kindern, die von einer Behinderung bedroht sind, fördert der LVR ab dem Kindergartenjahr 2014/2015 die inklusive Betreuung dieser Kinder in Kindertageseinrichtungen - in Ergänzung der KiBiz-Mittel des Landes NRW - zusätzlich auf freiwilliger Basis.

Das neue Förderverfahren soll durch Richtlinien geregelt werden. Kernpunkte der Richtlinien sind unter anderem die formellen Voraussetzungen, das Antrags- und Bewilligungsverfahren, die Verwendung der Mittel und das Nachweisverfahren.

Daneben sind Übergangsregelungen für die Finanzierung der therapeutischen Leistungen in den Richtlinien enthalten. Diese Regelung ist erforderlich, da im Übergang der Finanzierung der therapeutischen Leistungen auf verpflichtete Kostenträger eine Verrechnung mit der Kindpauschale erfolgen wird.

Neben den Förderrichtlinien wird eine separate Fördersatzung erstellt, die insbesondere zu den Aspekten Auszahlung und Rückforderung eine Ermächtigungsgrundlage schaffen wird. Die Satzung wird zur Beschlussfassung der Landschaftsversammlung Rheinland vorgelegt.

Begründung der Ergänzungsvorlage Nr. 13/3426/1:

Der Landesjugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung vom 30.01.2014 die Vorlage Nr. 13/3426 beraten und beschlossen, die Richtlinien in einem Interfraktionellen Arbeitskreis (17.02.2014) zu behandeln.

Als Ergebnis der Beratung im Interfraktionellen Arbeitskreis werden die Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland zur Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (FIInK) zur Beschlussfassung vorgelegt (siehe **Anlage 1**).

Die Begründung der Ursprungsvorlage Nr. 13/3426 ist als **Anlage 2** beigefügt.

In Vertretung

H ö t t e

Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) zur Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (FInK)

1. Förderzweck

Die Förderung hat das Ziel und den Zweck, die inklusive Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen, zu stärken und weiterzuentwickeln. Die Träger dieser Einrichtungen erhalten für Kinder mit einer wesentlichen Behinderung und Kinder, die von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind (Personenkreis im Sinne des § 53 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch XII)¹, auf Antrag eine Zuwendung in Form einer Pauschale (inklusive LVR-Kindpauschale).

Diese Kinder mit (drohender) Behinderung sollen möglichst wohnortnah und gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung betreut und gefördert werden (§ 4 Abs. 3 Sozialgesetzbuch IX und § 22 a Abs. 4 Sozialgesetzbuch VIII).

Inklusion wird als Gewährleistung der vollen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft im Sinne des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) verstanden. Mit der Förderung sollen insbesondere die Verpflichtungen für den Elementarbereich aus Art. 7 UN-BRK (Kinder mit Behinderungen) und Art. 24 UN-BRK (Bildung) erfüllt werden.

2. Geltungsbereich

Die inklusive LVR-Kindpauschale erhalten nur Träger von Einrichtungen, deren geförderte Einrichtung sich im räumlichen Zuständigkeitsbereich des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) befindet. Träger von Einrichtungen erhalten keine inklusive LVR-Kindpauschale für heilpädagogische Gruppen. In diesen Gruppen werden ausschließlich Kinder mit (drohender) Behinderung betreut.

3. Förderung

Der LVR gewährt die Fördermittel freiwillig im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel für das jeweilige Kindergartenjahr. Der LVR entscheidet im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen, insbesondere unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes über die Förderung.

Die Zuwendung ergänzt die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Kinderbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (KiBiz).

¹ Zur Verbesserung der Lesbarkeit wird dieser Personenkreis im Folgenden in der Kurzform Kinder mit (drohender) Behinderung aufgeführt.

Der individuelle Sozialleistungsanspruch des Kindes mit (drohender) Behinderung auf Eingliederungshilfe nach §§ 53 ff. SGB XII oder nach § 35 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) sowie andere mögliche Sozialleistungsansprüche bleiben von der Förderung nach diesen Richtlinien unberührt. Dies gilt auch für die notwendigen Fahrtkosten. Soweit der behinderungsbedingte Mehrbedarf bereits durch die Förderung abgedeckt ist, kann sich der individuelle Eingliederungshilfebedarf entsprechend mindern.

4. Zuwendungsempfängerin und Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfängerin und Zuwendungsempfänger sind die für Kindertageseinrichtungen zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Kreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden) oder die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe nach § 6 Abs. 1 KiBiz, wenn der Träger für die jeweils zu fördernde Einrichtung eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII besitzt.

5. Zuwendungsgegenstand

5.1 Verwendungsmöglichkeiten

Gefördert werden Kosten für zusätzliche Fachkraftstunden (siehe auch Nr. 5.3), Qualifizierung und Fortbildung von Beschäftigten sowie zeitlichen Aufwand für Vernetzung und Beratung. Die Zuwendung muss für zusätzliche Fachkraftstunden und kann, soweit die erforderlichen Kosten für die zusätzlichen Fachkraftstunden abgedeckt sind, ergänzend für die Qualifizierung und Fortbildung sowie Vernetzung und Beratung verwendet werden.

Für den Einsatz der zusätzlichen Fachkraftstunden müssen bei der Betreuung von Kindern mit (drohender) Behinderung pro Kind 0,1 - Anteil einer Vollzeitstelle, mindestens jedoch 3,9 zusätzliche Fachkraftstunden pro Woche, vorgehalten werden.

Wenn zu Beginn des Förderzeitraumes zusätzliche Fachkraftstunden noch nicht eingerichtet werden konnten, kann in den ersten zwei Monaten ab Beginn des Förderzeitraumes die Pauschale auch für Kosten der Qualifizierung und Fortbildung von Beschäftigten sowie für die Kosten des zeitlichen Aufwandes für Vernetzung und Beratung verwendet werden.

Die Qualifizierung und Fortbildung wird gefördert, um eine inklusiv ausgerichtete pädagogische Arbeit zu sichern und weiterzuentwickeln und die Beratungskompetenzen zu stärken. Zudem kann die Förderung für den zeitlichen Aufwand für Vernetzung, insbesondere mit medizinisch-therapeutischen Praxen oder interdisziplinär arbeitenden anderen Einrichtungen wie Frühförderstellen und für die Beratung von Eltern von Kindern mit (drohender) Behinderung verwendet werden.

5.2 Gruppengröße

Die zusätzlichen Fachkraftstunden müssen, abhängig davon, ob es eine pädagogische Gruppe (Betreuungsgruppe) für Kinder unter drei Jahren oder über drei Jahren ist, aus-

gerichtet an der Anzahl der jeweils dort betreuten Kinder mit (drohender) Behinderung für die Betreuungsgruppe eingesetzt werden.

In einer Betreuungsgruppe können maximal 6 Kinder mit (drohender) Behinderung aufgenommen werden, wovon maximal zwei Kinder mit (drohender) Behinderung unter drei Jahren sein dürfen.

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Gruppengrößen sind dabei zugrunde zu legen.

Anzahl der Kinder mit (drohender) Behinderung	Betreuungsgruppen für Kinder unter drei Jahren oder Betreuungsgruppen für Kinder über drei Jahren mit 45 Wochenstunden Betreuungsumfang (maximale Gruppengröße)	Betreuungsgruppen für Kinder ab drei Jahren mit 25 oder 35 Wochenstunden Betreuungsumfang (maximale Gruppengröße)
1	19	24
2	18	23
3	17	22
4	16 - 17	18
5 - 6	15 - 17	17

Bei der Aufnahme von Kindern mit (drohender) Behinderung in einer Betreuungsgruppe nach der Gruppenform II der Anlage zu § 19 KiBiz sollen aufgrund der sehr jungen Kinder maximal nur zwei Kinder mit (drohender) Behinderung aufgenommen werden. Von einer weiteren Platzreduzierung kann bei dieser Gruppenform abgesehen werden.

5.3 Förderung der Fachkraftstunden

Abrechnungsfähig sind nur die durch eine Fachkraft geleisteten zusätzlichen Stunden. Als Fachkraft gelten alle nach § 1 der jeweils gültigen Vereinbarung zu den Grundsätzen über die Qualifikation und den Personalschlüssel nach § 26 Abs. 3 Nr. 3 KiBiz aufgeführten Personen. Anstelle von Fachkräften nach Satz 2 können auch Motopädinnen und Motopäden gefördert werden. Darüber hinaus können auch die pädagogischen Anteile der Arbeit therapeutischer Kräfte gefördert werden.

6. Weitere Zuwendungsvoraussetzungen

Die Zuwendung wird gewährt, wenn neben dem Zuwendungszweck und den Anforderungen in Nr. 5 dieser Richtlinie folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

a) Der Träger verpflichtet sich, bei der Aufnahme eines Kindes mit (drohender) Behinderung mit schriftlicher Zustimmung des örtlichen Jugendamtes Plätze in der Gruppe, in der das Kind betreut wird, entsprechend Nr. 5.2 der Richtlinie unter Beachtung des pädagogischen Gesamtkonzeptes zu reduzieren (schriftliche Verpflichtungserklärung). Um die Platzzahlreduzierung auszugleichen, soll die für das aufgenommene Kind gewährte 3,5-fache Kindpauschale nach § 19 KiBiz verwendet werden.

Der Erlass des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW vom 22.02.2013 (Inbetriebnahme von geförderten U-3 Plätzen) ist zu beachten.

Die gesetzlichen Vorgaben des KiBiz sind einzuhalten. Es ist sicherzustellen, dass die nach KiBiz für die ursprüngliche Betreuungsgruppe bemessene Mindestpersonalausstattung nicht verringert wird.

b) Der zuständige örtliche Träger der Sozialhilfe hat die Zugehörigkeit des Kindes zum Personenkreis des § 53 Abs. 1 Satz 1 SGB XII nach § 19 KiBiz festgestellt.

c) Der Träger legt eine Förder- und Teilhabeplanung als ergänzende einrichtungsspezifische Konzeption vor.

d) Der Einrichtungsträger hat unverzüglich alle Tatsachen dem LVR mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung oder Weitergewährung der inklusiven Kindpauschale entgegenstehen oder für die Rückforderung der inklusiven LVR-Kindpauschale erheblich sein können.

Dies gilt insbesondere bei einem angedachten Wechsel eines Kindes in eine heilpädagogische Einrichtung.

7. Zuwendungshöhe und Zuwendungsart

Die inklusive LVR-Kindpauschale wird in Höhe von 5.000,00 € je Kind mit (drohender) Behinderung als Festbetrag für ein Kindergartenjahr gewährt. Nimmt ein Kind den Platz in einer Einrichtung nach dem Betreuungsvertrag nicht während des gesamten Kindergartenjahres in Anspruch, vermindert sich die LVR-Kindpauschale anteilig für jeden nicht in Anspruch genommenen vollen Kalendermonat um ein Zwölftel.

Gleiches gilt, wenn die zusätzliche Fachkraft infolge Beendigung des Vertragsverhältnisses oder z.B. wegen Krankheit oder Beschäftigungsverbots für ihre Arbeitsleistung nicht mehr zur Verfügung steht.

Eine krankheitsbedingte Nichtinanspruchnahme des Betreuungsvertrages führt nicht zu einer anteiligen Kürzung der inklusiven LVR-Kindpauschale.

War die Beendigung des Betreuungsvertrages nicht vorhersehbar, kann die inklusive LVR-Kindpauschale längstens bis zum Ende des Kindergartenjahres weiter gezahlt werden.

War das Ausscheiden oder der Ausfall der Zusatzkraft nicht vorhersehbar, kann die Zuwendung für die Zeit von bis zu drei Monaten weiter gewährt werden, wenn für diese Zusatzkraft auch eine Vergütung gezahlt wurde.

8. Antragsverfahren

Die Förderung wird auf Antrag gewährt. Der Antrag ist bis zum 15.4. eines jeden Jahres für das kommende Kindergartenjahr beim LVR-Landesjugendamt unter Verwendung des

LVR-Vordrucks zu stellen, um eine zeitnahe Bewilligung zu ermöglichen. Bei Aufnahmen im Laufe eines Kindergartenjahres ist der Antrag unverzüglich zu stellen.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen

- a) die Feststellungsbescheinigung des örtlichen Trägers der Sozialhilfe nach Nr. 6 b) der Richtlinien
- b) die schriftliche Zustimmungserklärung des örtlichen Jugendamts nach Nr.6 a) der Richtlinien
- c) die Förder- und Teilhabeplanung als ergänzende einrichtungsspezifische Konzeption
- d) die Verpflichtungserklärungen nach Nr. 6 a) und d) der Richtlinien

Nur bei Vorliegen aller Unterlagen handelt es sich um einen bewilligungsfähigen Antrag.

9. Bewilligungsverfahren

Bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen bewilligt der LVR in der Regel zum Beginn des Kindergartenjahres dem Einrichtungsträger die inklusive LVR-Kindpauschale zunächst für ein Kindergartenjahr nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel durch schriftlichen Bescheid.

Die Zuwendung wird ausgezahlt, wenn der Zuwendungsbescheid bestandskräftig geworden ist. Die Auszahlung erfolgt monatlich im Voraus.

Die Bewilligung verlängert sich für das jeweils nachfolgende Kindergartenjahr längstens bis zum Beginn der Schulpflicht, wenn Haushaltsmittel weiterhin zur Verfügung stehen und die Fördervoraussetzungen weiter erfüllt sind. Ein erneuter Antrag ist nicht erforderlich.

Wird das Kind mit (drohender) Behinderung nach dem Schulgesetz NRW von der Schulpflicht zurückgestellt, kann die Förderung auf Antrag verlängert werden. Die Einverständniserklärung der sorgeberechtigten Vertreter ist aus Gründen des Datenschutzes einzuholen.

10. Nebenbestimmungen

10.1 Bildungsdokumentation

Der Träger der Einrichtung erstellt für jedes Kind mit (drohender) Behinderung eine Bildungsdokumentation entsprechend Kibiz NRW, ergänzt um Aspekte der Förderung und der Entwicklungsschritte des Kindes. Die Dokumentation verbleibt aus Gründen des Datenschutzes in der Einrichtung.

10.2 Beratungsverpflichtung

Der Träger der Einrichtung verpflichtet sich, eine Beratung mit dem zuständigen Spitzenverband, dem Jugendamt oder dem LVR nach zu suchen, wenn Umstände erkennbar

sind, die eine bedarfsgerechte inklusive Förderung des Kindes mit (drohender) Behinderung gefährden können.

10.3 Ergänzende Nebenbestimmungen

Ergänzend gelten die folgenden Allgemeinen Nebenbestimmungen zu § 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (VV - LHO) für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P):

- a) Anforderung und Verwendung der Förderung (Nr.1.1,1.3,1.5,1.6)
- b) Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfängerin / des Zuwendungsempfängers (Nr.5.1,5.2,5.3)
- c) Nachweis der Verwendung (Nr. 6.6)
- d) Prüfung der Verwendung (Nr. 7.1)
- e) Erstattung der Zuwendung (Nr. 8.1,8.2,8.3.2)

11. Weitere Verfahrensregelungen

Über die Regelungen in Nr. 8 (Antragsverfahren) und Nr. 9 (Bewilligungsverfahren) hinaus gelten folgende Verfahrensbestimmungen:

11.1 Verwendungsnachweis

Der Träger der Einrichtung hat spätestens zwei Monate nach Ablauf des jeweiligen Bewilligungszeitraumes einen sog. einfachen Verwendungsnachweis nach LVR-Muster einzureichen. Darin ist die zweckgerechte, vom Zuwendungsgegenstand umfasste Verwendung der Fördermittel sowie die erforderliche und durchgeführte Platzzahlreduzierung zu bestätigen.

Der Träger der Einrichtung hat die Belege für die Kosten der zusätzlichen Fachkraft und der Qualifizierungen (Arbeitsverträge, Rechnungen usw.) drei Jahre nach Abschluss des Kassenjahres aufzubewahren. Sie sind auf Anforderung vorzulegen. Der LVR ist berechtigt, die zweck- und fördergerechte Verwendung ohne Ankündigung vor Ort zu prüfen und Einsicht in die entsprechenden Unterlagen zu nehmen.

11.2 Rückforderung der Zuwendung

Der LVR ist berechtigt, den Förderbescheid auch mit Wirkung für die Vergangenheit aufzuheben und die Erstattung der Förderung insbesondere zu verlangen, wenn die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger:

- a) die Förderung nicht zweckentsprechend verwendet
- b) die erforderliche Platzzahlreduzierung nicht vornimmt
- c) die Förder- und Teilhabeplanung nicht vorgelegen hat
- d) seinen Mitteilungspflichten nach Nr. 7 d nicht nachkommt oder
- e) die Regelungen der ANBest-P gemäß Nr. 10.3 nicht beachtet.

11.3 Ergänzende Regelungen

Die Unwirksamkeit, die Rücknahme, der Widerruf des Förderbescheides sowie die Rückforderung der Zuwendungen (nach erfolgter Anhörung) richten sich nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches X (SGB X), insbesondere nach §§ 44 ff. SGB X. Die Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung Nordrhein-Westfalen (VV LHO), die Verwaltungsvorschriften für die Zuwendungen an Gemeinden (VVG) sowie das Haushaltsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen sind ergänzend heranzuziehen.

12. Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

Die Richtlinien treten rückwirkend zum 01.03.2014 in Kraft.

Die Förderung wird erstmalig zum Kindergartenjahr 2014/2015 gewährt. Die Förderung ersetzt das bisherige Förderverfahren der Einzelintegration und die Förderung der integrativen Gruppen.

Um den Übergang in die neue Finanzierung therapeutischer Leistungen in den bisher geförderten integrativen Gruppen (Stand 31.07.2014) zu erleichtern, werden **für das Kindergartenjahr 2014/2015** Kosten für therapeutisches Personal unter Anrechnung der LVR-Kindpauschale vom LVR übernommen. Die Abschläge für die gemeldeten Kosten für fest angestelltes therapeutisches Personal werden pro integrativer Gruppe nur noch in Höhe eines 23.000 Euro (durchschnittliche jährliche Personalkosten für eine halbe Fachkraft nach Ziffer 5.3 der Richtlinien) übersteigenden Betrages ausgezahlt. Die Auszahlung der Abschläge erfolgt wie bisher monatlich im Voraus.

Bis zu diesem Betrag von 23.000 Euro werden die inklusiven LVR-Kindpauschalen angerechnet. Im Rahmen der Endabrechnung der therapeutischen Leistungen der integrativen Gruppen erfolgt eine endgültige Festsetzung unter Berücksichtigung der ausgezahlten inklusiven LVR-Kindpauschalen.

In Vertretung

H ö t t e

Begründung Vorlage Nr. 13/ 3426

Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) zur Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (FInK)

1. Förderzweck

Die Förderung hat das Ziel und den Zweck, die inklusive Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen, zu stärken und weiterzuentwickeln. Den Trägern dieser Einrichtungen wird hierfür auf Antrag eine Zuwendung in Form einer Pauschale gewährt (inklusive Kindpauschale). Diese dient der Inklusion von Kindern mit einer wesentlichen Behinderung und von Kindern, die von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind (Personenkreis im Sinne des § 53 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch XII).

Diese Kinder mit (drohender) Behinderung sollen möglichst wohnortnah und gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung betreut und gefördert werden (§ 4 Abs. 3 Sozialgesetzbuch IX und § 22 a Abs. 4 Sozialgesetzbuch VIII).

Inklusion wird als Gewährleistung der vollen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft im Sinne des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) verstanden. Mit der Förderung sollen insbesondere die Verpflichtungen für den Elementarbereich aus Art. 7 UN-BRK (Kinder mit Behinderungen) und Art. 24 UN-BRK (Bildung) erfüllt werden.

2. Geltungsbereich

Die inklusive Kindpauschale erhalten nur Träger von Einrichtungen, deren geförderte Einrichtung sich im räumlichen Zuständigkeitsbereich des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) befindet. Träger von Einrichtungen erhalten keine inklusive Kindpauschale für heilpädagogische Gruppen. In diesen Gruppen werden ausschließlich Kinder mit (drohender) Behinderung betreut.

3. Förderanspruch

Der LVR gewährt die Fördermittel freiwillig im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel für das jeweilige Kindergartenjahr. Sollten die verfügbaren Haushaltsmittel nicht ausreichen, ist maßgeblich der Eingang des Antrages beim LVR. Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Der LVR entscheidet im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes über die Förderung.

Die Zuwendung ergänzt die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Kinderbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (KiBiz).

Der individuelle Sozialleistungsanspruch des Kindes mit (drohender) Behinderung auf Eingliederungshilfe nach §§ 53 ff. SGB XII oder nach § 35 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) sowie andere mögliche Sozialleistungsansprüche bleiben von der Förderung nach diesen Richtlinien unberührt. Dies gilt auch für die notwendigen Fahrtkosten. Soweit der behinderungsbedingte Mehrbedarf bereits durch die Förderung abgedeckt ist, kann sich der individuelle Eingliederungshilfebedarf entsprechend mindern.

4. Zuwendungsempfängerin und Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfängerin und Zuwendungsempfänger sind die für Kindertageseinrichtungen zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Kreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden) und die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe nach § 6 Abs. 1 KiBiz, wenn der Träger für die jeweils zu fördernde Einrichtung eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII besitzt.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Zuwendungsgegenstand

Gefördert werden Kosten für zusätzliche Fachkraftstunden, Qualifizierung und Fortbildung von Beschäftigten sowie zeitlichen Aufwand für Vernetzung und Beratung. Die Zuwendung muss für zusätzliche Fachkraftstunden und kann, soweit die erforderlichen Kosten für die zusätzlichen Fachkraftstunden abgedeckt sind, ergänzend für die Qualifizierung und Fortbildung sowie Vernetzung und Beratung verwendet werden.

Für den Einsatz der zusätzlichen Fachkraftstunden müssen bei der Betreuung von Kindern mit (drohender) Behinderung pro Kind 0,1 - Anteil einer Vollzeitstelle, mindestens jedoch 3,9 zusätzliche Fachkraftstunden pro Woche, vorgehalten werden.

Die Qualifizierung und Fortbildung wird gefördert, um eine inklusiv ausgerichtete pädagogische Arbeit zu sichern und weiterzuentwickeln und die Beratungskompetenzen zu stärken. Zudem kann die Förderung für den zeitlichen Aufwand für Vernetzung, insbesondere mit medizinisch-therapeutischen Praxen oder interdisziplinär arbeitenden anderen Einrichtungen wie Frühförderstellen und für die Beratung von Eltern von Kindern mit (drohender) Behinderung verwendet werden.

Wenn zu Beginn des Förderzeitraumes zusätzliche Fachkraftstunden noch nicht eingerichtet werden konnten, kann in den ersten zwei Monaten ab Beginn des Förderzeitraumes die Pauschale auch für Kosten der Qualifizierung und Fortbildung von Beschäftigten sowie für die Kosten des zeitlichen Aufwandes für Vernetzung und Beratung verwendet werden.

5.2 Gruppengröße

Die zusätzlichen Fachkraftstunden müssen, abhängig davon, ob es eine pädagogische Gruppe (Betreuungsgruppe) für Kinder unter drei Jahren oder über drei Jahren ist, ausgerichtet an der Anzahl der jeweils dort betreuten Kinder mit (drohender) Behinderung für die Betreuungsgruppe eingesetzt werden.

In einer Betreuungsgruppe können maximal 6 Kinder mit (drohender) Behinderung aufgenommen werden, wovon maximal zwei Kinder mit (drohender) Behinderung unter drei Jahren sein dürfen.

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Gruppengrößen sind dabei zugrunde zu legen.

Anzahl der Kinder mit (drohender) Behinderung	Betreuungsgruppen für Kinder unter drei Jahren oder Betreuungsguppen für Kinder über drei Jahren mit 45 Wochenstunden Betreuungsumfang (maximale Gruppengröße)	Betreuungsgruppen für Kinder ab drei Jahren mit 25 oder 35 Wochenstunden Betreuungsumfang (maximale Gruppengröße)
1	19	24
2	18	23
3	17	22
4	16	18
5 - 6	15	17

Bei der Aufnahme von Kindern mit (drohender) Behinderung in einer Betreuungsgruppe nach der Gruppenform II der Anlage zu § 19 KiBiz sollen aufgrund der sehr jungen Kinder maximal nur zwei Kinder mit (drohender) Behinderung aufgenommen werden. Von einer weiteren Platzreduzierung kann bei dieser Gruppenform abgesehen werden.

5.3 Förderung der Fachkraftstunden

Abrechnungsfähig sind nur die durch eine Fachkraft geleisteten zusätzlichen Stunden. Als Fachkraft gelten alle nach § 1 der jeweils gültigen Vereinbarung zu den Grundsätzen über die Qualifikation und den Personalschlüssel nach § 26 Abs. 3 Nr. 3 KiBiz aufgeführten Personen. Anstelle von Fachkräften nach Satz 2 können auch Motopädinnen und Motopäden gefördert werden. Darüber hinaus können auch die pädagogischen Anteile der Arbeit therapeutischer Kräfte gefördert werden.

6. Weitere Zuwendungsvoraussetzungen

Die Zuwendung wird gewährt, wenn neben dem Zuwendungszweck und den Anforderungen in Nr. 5 dieser Richtlinie folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Der Träger verpflichtet sich, bei der Aufnahme eines Kindes mit (drohender) Behinderung mit schriftlicher Zustimmung des örtlichen Jugendamtes Plätze in der Gruppe, in der das Kind betreut wird, entsprechend Nr. 5.2 der Richtlinie unter Beachtung des pädagogischen Gesamtkonzeptes zu reduzieren (schriftliche Verpflichtungserklärung). Um die Platzzahlreduzierung auszugleichen, soll die für das aufgenommene Kind gewährte 3,5-fache Kindpauschale nach § 19 KiBiz verwendet werden.

Der Erlass des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW vom 22.02.2013 (Inbetriebnahme von geförderten U-3 Plätzen) ist zu beachten.

Die gesetzlichen Vorgaben des KiBiz sind einzuhalten. Es ist sicherzustellen, dass die nach KiBiz für die ursprüngliche Betreuungsgruppe bemessene Mindestpersonalausstattung nicht verringert wird.

b) Der zuständige örtliche Träger der Sozialhilfe hat die Zugehörigkeit des Kindes zum Personenkreis des § 53 Abs. 1 Satz 1 SGB XII nach § 19 KiBiz festgestellt.

c) Der Träger legt eine Förder- und Teilhabeplanung als ergänzende einrichtungsspezifische Konzeption vor.

d) Der Einrichtungsträger hat unverzüglich alle Tatsachen dem LVR mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung oder Weitergewährung der inklusiven Kindpauschale entgegenstehen oder für die Rückforderung der Pauschale erheblich sein können.

Insbesondere ist er verpflichtet, den LVR bei einem angedachten Wechsel eines Kindes in eine heilpädagogische Einrichtung zu informieren (schriftliche Verpflichtungserklärung).

7. Zuwendungshöhe und Zuwendungsart

Die inklusive Kindpauschale wird in Höhe von 5.000,00 € je Kind mit (drohender) Behinderung als Festbetrag für ein Kindergartenjahr gewährt. Nimmt ein Kind den Platz in einer Einrichtung nach dem Betreuungsvertrag nicht während des gesamten Kindergartenjahres in Anspruch, vermindert sich die Pauschale anteilig für jeden nicht in Anspruch genommenen vollen Kalendermonat um ein Zwölftel.

Gleiches gilt, wenn die zusätzliche Fachkraft infolge Beendigung des Vertragsverhältnisses oder z.B. wegen Krankheit oder Beschäftigungsverbots für ihre Arbeitsleistung nicht mehr zur Verfügung steht.

War die Beendigung des Betreuungsvertrages nicht vorhersehbar, kann die Pauschale bis zu drei Monaten, längstens bis zum Ende des Kindergartenjahres weiter gezahlt werden.

War das Ausscheiden oder der Ausfall der Zusatzkraft nicht vorhersehbar, kann die Zuwendung für die Zeit von bis zu drei Monaten weiter gewährt werden, wenn für diese Zusatzkraft auch eine Vergütung gezahlt wurde.

8. Antragsverfahren

Die Förderung wird auf Antrag gewährt. Der Antrag ist bis zum 15.4. eines jeden Jahres für das kommende Kindergartenjahr beim LVR-Landesjugendamt unter Verwendung des LVR-Vordrucks zu stellen. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- a) die Feststellungsbescheinigung des örtlichen Trägers der Sozialhilfe nach Nr. 6 b) der Richtlinien
- b) die schriftliche Zustimmungserklärung des örtlichen Jugendamts nach Nr.6 a) der Richtlinien

- c) die Förder- und Teilhabeplanung als ergänzende einrichtungsspezifische Konzeption
- d) die Verpflichtungserklärungen nach Nr. 6 a) und Nr. 6 d) der Richtlinien

Nur bei Vorliegen aller Unterlagen handelt es sich um einen bewilligungsfähigen Antrag.

9. Bewilligungsverfahren

Bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen bewilligt der LVR in der Regel zum Beginn des Kindergartenjahres dem Einrichtungsträger die inklusive Kindpauschale zunächst für ein Kindergartenjahr nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel durch schriftlichen Bescheid.

Die Zuwendung wird ausgezahlt, wenn der Zuwendungsbescheid bestandskräftig geworden ist. Die Auszahlung erfolgt monatlich im Voraus.

Die Bewilligung verlängert sich für das jeweils nachfolgende Kindergartenjahr längstens bis zum Beginn der Schulpflicht, wenn Haushaltsmittel weiterhin zur Verfügung stehen und die Fördervoraussetzungen weiter erfüllt sind. Ein erneuter Antrag ist nicht erforderlich.

Wird das Kind mit (drohender) Behinderung nach dem Schulgesetz NRW von der Schulpflicht zurückgestellt, kann die Förderung auf Antrag verlängert werden. Die Einverständniserklärung der sorgeberechtigten Vertreter ist einzuholen.

10. Nebenbestimmungen

10.1 Bildungsdokumentation

Der Träger der Einrichtung erstellt für jedes Kind mit (drohender) Behinderung eine Bildungsdokumentation entsprechend Kibiz NRW mit ausführlicher Darstellung der Entwicklungsschritte.

10.2 Beratungsverpflichtung

Der Träger der Einrichtung verpflichtet sich, eine Beratung mit dem zuständigen Spitzenverband, dem Jugendamt oder dem LVR nach zu suchen, wenn Umstände erkennbar sind, die eine bedarfsgerechte inklusive Förderung des Kindes mit (drohender) Behinderung gefährden können.

10.3 Ergänzende Nebenbestimmungen

Ergänzend gelten die folgenden Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) der Anlage 2 zu Nr. 5.1 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (VV - LHO):

- a) Anforderung und Verwendung der Förderung (Nr.1.1,1.3,1.5,1.6)

- b) Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfängerin / des Zuwendungsempfängers (Nr.5.1,5.2,5.3)
- c) Nachweis der Verwendung (Nr. 6.6)
- d) Prüfung der Verwendung (Nr. 7.1)
- e) Erstattung der Zuwendung, Verzinsung (Nr. 8.1,8.2,8.3.2)

11. Weitere Verfahrensregelungen

Über die Regelungen in Nr. 8 (Antragsverfahren) und Nr. 9 (Bewilligungsverfahren) hinaus gelten folgende Verfahrensbestimmungen:

11.1 Verwendungsnachweis

Der Träger der Einrichtung hat spätestens zwei Monate nach Ablauf des jeweiligen Bewilligungszeitraumes einen sog. einfachen Verwendungsnachweis nach LVR-Muster einzureichen. Darin ist die zweckgerechte, vom Zuwendungsgegenstand umfasste Verwendung der Fördermittel sowie die erforderliche und durchgeführte Platzzahlreduzierung zu bestätigen.

Der Träger der Einrichtung hat die Belege für die Kosten der zusätzlichen Fachkraft und der Qualifizierungen (Arbeitsverträge, Rechnungen usw.) drei Jahre nach Abschluss des Kassenjahres aufzubewahren. Sie sind auf Anforderung vorzulegen. Der LVR ist berechtigt, die zweck- und fördergerechte Verwendung ohne Ankündigung vor Ort zu prüfen und Einsicht in die entsprechenden Unterlagen zu nehmen.

11.2 Rückforderung der Zuwendung

Der LVR ist berechtigt, den Förderbescheid auch mit Wirkung für die Vergangenheit aufzuheben und die Erstattung der Förderung insbesondere zu verlangen, wenn die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger:

- a) die Förderung nicht zweckentsprechend verwendet
- b) die erforderliche Platzzahlreduzierung nicht vornimmt
- c) die Förder- und Teilhabeplanung nicht vorgelegen hat
- d) seinen Mitteilungspflichten nach Nr. 6 d) nicht nachkommt oder
- e) die Regelungen der ANBest-P gemäß Nr. 10.3 nicht beachtet.

11.3 Ergänzende Regelungen

Die Unwirksamkeit, die Rücknahme, der Widerruf des Förderbescheides sowie die Rückforderung der Zuwendungen (nach erfolgter Anhörung) richten sich nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches X (SGB X), insbesondere nach §§ 44 ff. SGB X. Die Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung Nordrhein-Westfalen (VV LHO), die Verwaltungsvorschriften für die Zuwendungen an Gemeinden (VVG) sowie das Haushaltsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen sind ergänzend heranzuziehen.

12. Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

Die Richtlinien treten zum 01.03.2014 in Kraft.

Die Förderung wird erstmalig zum Kindergartenjahr 2014/2015 gewährt. Die Förderung ersetzt das bisherige Förderverfahren der Einzelintegration und die Förderung der integrativen Gruppen.

Um den Übergang in die neue Finanzierung therapeutischer Leistungen in den bisher geförderten integrativen Gruppen (Stand 31.07.2014) zu erleichtern, werden für das Kindergartenjahr 2014/2015 Kosten für therapeutisches Personal unter Anrechnung der Kindpauschale vom LVR übernommen. Die Abschläge für die gemeldeten Kosten für fest angestelltes therapeutisches Personal werden pro integrativer Gruppe nur noch in Höhe eines 23.000 Euro (durchschnittliche jährliche Personalkosten für eine halbe Fachkraft nach Ziffer 5.3 der Richtlinien) übersteigenden Betrages ausgezahlt. Die Auszahlung der Abschläge erfolgt monatlich im Voraus.

Bis zu diesem Betrag von 23.000 Euro werden die inklusiven Kindpauschalen angerechnet. Im Rahmen der Endabrechnung der therapeutischen Leistungen der integrativen Gruppen erfolgt eine endgültige Festsetzung unter Berücksichtigung der ausgezahlten inklusiven Kindpauschalen.

In Vertretung

Elzer